



**Guten Tag,
liebe Leserinnen
und Leser,**

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat Recht. Jetzt ist die Wirtschaft am Zuge. Politik und Arbeitnehmer haben den Standort Deutschland fit für den Wettbewerb gemacht. Jetzt müssen Arbeitsplätze her!

Es wäre gut, wenn die Medien die Arbeitgeber immer wieder an ihre sozialstaatlichen Pflichten erinnern. Unerträglich die Drohungen mit Abwanderung und Verlagerung von Arbeitsplätzen.

Gleichzeitig die Forderungen nach Subventionen, staatlichen Investitionen bei drastischen Unternehmenssteuersenkungen.

Rekordgehälter, Spitzendividenden und Arbeitsplatzvernichtung, gegen immer weniger Steuern für notwendige Aufgaben, Sozialabbau und höhere Staatsverschuldung ist kein sozial verantwortliches Erfolgsrezept.

Die SPD muss mit dem neuen Grundsatzprogramm die historischen Grundwerte der Sozialdemokratie als zukunftsfähige, gerechtere und realistische Perspektive formulieren, für die es sich zu kämpfen lohnt und mit denen politische Mehrheiten zu gewinnen sind!

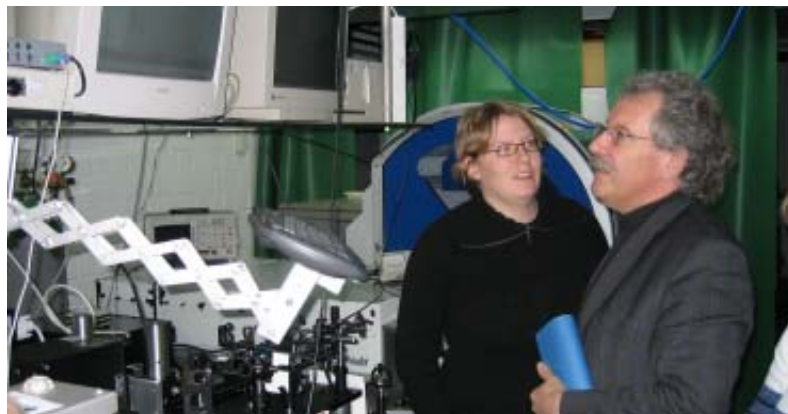
*Diskutieren Sie mit!
Ihr*

Heinrich Aller, MdL
Finanzminister a.D.

Infos im Internet:
www.heinrich-aller.de

Was zählt, sind Arbeitsplätze: Warnung vor dem Wechsel

Die klügsten Politiker sitzen scheinbar nicht den Parlamenten. Sie sitzen in den Reaktionen der Medien. Die politischen Besserwisser sind die Demoskopien. Sie sind den Meinungen der Bürgerinnen und Bürger am nächsten. Die wirklich kompetenten Verantwortungsträger heißen Ackermann oder Schrempf und sitzen in den Vorständen und Aufsichtsräten der großen Konzerne. Sie entlassen die Menschen und beklagen gleichzeitig die hohe Arbeitslosigkeit.



Wo Innovation gemacht wird: Im Laserzentrum in Garbsen gibt es sichere Arbeitsplätze mit Zukunft. Heinrich Aller ist begeistert.

Die ganz Schlaunen sind die Wirtschaftsweisen, Ratingagenturen und Expertenkommissionen. Sie beraten die Politik und „sagen weis“, um ihre klugen Voraussagen innerhalb von Monaten zu korrigieren.

Politikberatung ohne Verantwortung

Alle diese klugen Köpfe werden von den Wählerinnen und Wählern höher eingeschätzt als die gewählten Volksvertreter – tragen aber keine Verantwortung für das Ganze. Verständlich also, dass kaum jemand den besser dotierten Platz außerhalb der politischen Arena mit dem in Parlament oder Regierung tauscht.



Kontakte zu den Vorsitzenden der Demokraten und zum Woodrow-Wilson-Center in Washington D.C. knüpfte Heinrich Aller bei einem Besuch in den USA. Hauptthemen: Arbeit für die Menschen und Parteien im Dialog mit den Menschen.



Sie haben Fragen? Wenden Sie sich an das MdL-Büro Heinrich Aller:
Mitarb.: Maximilian Schmidt Telefon: 0511-1674-242
Odeonstr. 15 / 16 Telefax: 0511-21 55 837
30159 Hannover E-Mail: info@heinrich-aller.de

Marktwirtschaft“ liefert ideologisch zu. Die Wirtschaft legt nach. CDU und FDP setzen politisch an Spitze der Bewegung.

Hartz IV ist Nagelprobe

„Arbeit und Ausbildung durch fördern, fordern und kompetent vermitteln“ Die Zugeständnisse dafür sind durchgesetzt. Was fehlt sind die versprochenen Gegenleistungen. Was fehlt sind die Arbeits- und Ausbildungsplätze. Es muss gehandelt werden. Für den 1. Arbeitsmarkt ist die Wirtschaft zuständig. Sie hat eine Bringschuld. Über 5 Millionen Arbeitslose sind unerträglich. Eine Ergänzung durch einen 2. Arbeitsmarkt ist unverzichtbar. Gezielt geförderte Arbeitsplätze in Deutschland müssen schnell, praktikabel und unter Beteiligung aller öffentlichen Hände angeboten werden, damit die Formel „Fordern und Fördern“ keine Leerformel bleibt.

Steuerdebatte kommt

Die Debatte um die Staatsverschuldung verdrängt die überfällige Diskussion um aufgabengerechte und ausreichende Staatseinnahmen. Mit anderen Worten: die Frage einer gerechten, der Volkswirtschaft und dem Arbeitsmarkt nachhaltigen nützlichen Steuerpolitik wird ausgeblendet. Tabuisierung von Mehrwertsteuer, Steuerharmonisierung in Europa, der Erbschafts- und/oder Vermögenssteuer dürfen nicht länger ausgeklammert werden.

Wofür? Wieviel? Wer?

Diese Problemstellungen sind vor dem Hintergrund der künftigen öffentlichen Daseinsvorsorge für Einzelprojekte und das Gesamtsystem zu entscheiden. – Liefern nicht die jüngsten Armuts-/ Reichtumsberichte und statistischen Erhebungen über die Vermögensverteilung im Lande genug Fakten und Argumente? Die Gerechtigkeitsfrage muss wieder in den Vordergrund - nicht nur in Deutschland, sondern auf allen Ebenen.